



Thüringer Landesamt für Umwelt, Bergbau und Naturschutz
(Behördenzentrale) Göschwitzer Straße 41, 07745 Jena

mit Empfangsbestätigung

Stadt Dingelstädt
Geschwister-Scholl-Str. 28
37351 Dingelstädt

Stadt Dingelstädt			
27. Juni 2025			
60			

Ihre Ansprechpartnerin:

Bettina Schneider

Durchwahl:

Telefon +49 361 57 3943 611

Telefax +49 361 57 3942 222

Bettina.Schneider@

tlubn.thueringen.de

Ihr Zeichen:

Ha/2995.93

Ihre Nachricht vom:

Sanierung der historischen Unstrutbrücke in Helmsdorf

Das Thüringer Landesamt für Umwelt, Bergbau und Naturschutz (TLUBN) trifft als Obere Wasserbehörde (OWB) folgende

Wasserrechtliche Entscheidung:

I.

1 Es wird die Zulassung für die Sanierung der Brücke über die Unstrut in Helmsdorf entsprechend den unter Punkt II.1 aufgeführten Unterlagen und den unter Punkt III. genannten Nebenbestimmungen erteilt. Diese umfasst:

- 1.1 die wasserrechtliche Genehmigung für die Beseitigung und Änderung von Anlagen an, in und über oberirdischen Gewässern bezüglich der Betroffenheit eines Gewässers I. Ordnung,
- 1.2 die wasserrechtliche Ausnahmegenehmigung bezüglich der Betroffenheit des Überschwemmungsgebietes (ÜSG) der Unstrut und
- 1.3 die naturschutzrechtliche Genehmigung des Eingriffs in Natur und Landschaft - Fällung von 4 Sommerlinden (*Tilia platyphyllos*).

Örtliche Lage:

Land:	Freistaat Thüringen		
Landkreis:	Eichsfeld		
Stadt/Gemeinde:	Dingelstädt		
Gemarkung :	Helmsdorf		
Flur; Flurstück:	2; 788/530		
Koordinatensystem:	ETRS 89, UTM-Zone 32		
Koordinaten:	n: 5683627,35	o: 594302,16	
Gewässer:	Unstrut		

familienfreundlicher

Arbeitgeber

2022

prüfen.bewerten.auszeichnen

| BertelsmannStiftung

Thüringer Landesamt für Umwelt,
Bergbau und Naturschutz (TLUBN)
Göschwitzer Straße 41
07745 Jena

poststelle@tlubn.thueringen.de

Umsatzsteuer-ID: DE812070140

Bitte senden Sie uns **Rechnungen** bevorzugt als E-Rechnung über das Portal <https://xrechnung-bdr.de/>.

Unsere Leitweg-ID: 16901051-0001-70

Informationen zum **Datenschutz**, dem Umgang mit Ihren Daten im TLUBN und zu Ihren Rechten nach der EU-DSGVO finden Sie im Internet auf der Seite www.tlubn.thueringen.de/datenschutz

www.tlubn.thueringen.de

Schutzgebiete: Überschwemmungsgebiet (ÜSG) der Unstrut im Landkreis Eichsfeld und Unstrut-Hainich-Kreis von Kefferhausen bis Reiser laut Verordnung des Thüringer Landesverwaltungsamtes vom 12. Nov. 2007 (ThürStAnz: Nr. 1/2008 S. 3)
Wasserschutzgebiet 88 „Hainich-Dün-Hainleite“ Zone III/ IIIA

2. Kostenentscheidung:

Diese Entscheidung ergeht gebührenfrei. Auslagen werden nicht erhoben.

II.

1. Folgende Unterlagen sind mit den aus den Nebenbestimmungen ergebenden Änderungen Bestandteil der Genehmigung:

- Antrag des Ingenieurbüros Rother & Partner im Auftrag der Gemeinde Dingelstädt vom 13.02.2025 mit folgenden Anlagen:
 - Erläuterungsbericht vom 03.01.2025,
 - Bauwerksplan (Lageplan, Schnitt B-B, Schnitt A-A, Ansicht oberstrom, Ansicht unterstrom „Sanierung der historischen Unstrutbrücke in Helmsdorf“ vom 24.10.2024, M.1:500, 1:200,
 - Anlage 1 Baubeschreibung zum Fällantrag,
 - Anlage 2 Baumkartierung
 - Anlage 3 Blatt 1/1 Bestandszeichnung zum Fällantrag M: 1:200 vom 23.05.2025
 - Anlage 4 Auszug aus Liegenschaftskataster M: 1:1.000 vom 23.05.2025
 - Anlage 5 Ersatzpflanzung M: 1:1.000 Blatt 1/1 vom 03.06.2025

2. Auf folgende Unterlagen wurde Bezug genommen:

- Bestandsfoto-Dokumentation S. 7-11
- Aktenvermerk 01 der Vorabstimmung vom 17.09.2024
- Vollmacht der Stadt Dingelstädt gegenüber der Rother & Partner Ingenieurgesellschaft mbH
- Stellungnahme des Landratsamtes (LRA) Eichsfeld, untere Wasserbehörde (UWB) vom 05.03.2025
- E-Mail des TLUBN Referat 45 zur Hydraulik am Standort vom 03.04.2025
- Stellungnahme des Referates 44, TLUBN (Gewässerunterhaltungspflichtiger der Unstrut) vom 02.05.2025
- Stellungnahme des LRA Eichsfeld, untere Naturschutzbehörde (UNB) vom 06.06.2025

III.

Die wasserrechtliche Genehmigung wird mit folgenden Nebenbestimmungen verbunden:

1. Befristung

Die Genehmigung erlischt, wenn mit der Ausführung des Vorhabens nach Eintritt der Unanfechtbarkeit der Genehmigung nicht binnen drei Jahren begonnen oder wenn die begonnene Ausführung des Vorhabens drei Jahre unterbrochen wird.

Allgemeine Nebenbestimmungen:

- 2.1 Der Beginn und die Fertigstellung der Bauarbeiten sind dem TLUBN, Referat 44 per E-Mail unter gu@tlubn.thueringen.de, der UWB und der UNB im LRA Eichsfeld sowie allen Beteiligten und Betroffenen (z. B.: Pächter der Fischereirechte) mindestens zwei Wochen vorher schriftlich anzuzeigen. Das TLUBN Jena, Referat 44 ist zur Bauanlaufberatung und zur Bauabnahme schriftlich einzuladen.
- 2.2 Wenn während der Baudurchführung Abweichungen vom genehmigten Projekt erforderlich werden, ist dazu eine gesonderte Entscheidung bei der oberen Wasserbehörde (TLUBN, Referat 52) einzuholen.
- 2.3 Die Baustelle und der Standort der Baustelleneinrichtung sind nach Abschluss der Baumaßnahme ordnungsgemäß zu beräumen. Schäden an baulichen Anlagen, die Auswirkungen auf den geregelten Wasser- und Hochwasserabfluss haben können, sind unverzüglich zu beseitigen.
- 2.4 Die Unterhaltungspflicht für die Brücke inkl. aller Nebenanlagen liegt bei der Stadt Dingelstädt als Vorhabenträger. Die Freihaltung des Abflussprofils im Bereich der Brücke und dessen hydraulischer Wirkbereich obliegt dem Straßenbaulastträger. Er ist für die Bäumung von Abflusshindernissen, Verlandungen, Treibgut etc. ober- und unterstrom sowie unterhalb der Brücke zuständig. Sollten dabei Eingriffe in die Uferböschungen oder das Gewässerbett der Unstrut erforderlich werden, sind diese mit dem Gewässerunterhaltungspflichtigen abzustimmen.
- 2.5 Innerhalb von vier Wochen nach der Fertigstellung sind dem TLUBN, Referat 44 (gu@tlubn.thueringen.de) und der UWB im LRA Eichsfeld die Bestandsunterlagen im amtlichen Höhensystem DHHN 2016 zu übergeben.

3. Nebenbestimmungen zur Baudurchführung:

- 3.1 Das Baugeschehen ist so abzuwickeln, dass Abflussbehinderungen und Einwirkungen auf das Gewässer sowie Eingriffe in den Wasserlauf auf das erforderliche Mindestmaß beschränkt werden.
- 3.2 Bei Abbrucharbeiten ist zu gewährleisten, dass ggf. ins Abflussprofil des Gewässers fallendes Abbruchmaterial taggleich vollständig aus dem Abflussprofil des Gewässers entfernt wird.
- 3.3 Der Gewässerrandstreifen der Unstrut ist außerhalb der des Baufeldes der Brücke von jeglicher Bautätigkeit freizuhalten.
- 3.4 Vor Baubeginn sind alle erforderlichen Baubehelfe (z.B. Wasserhaltung, Arbeits- und Traggerüste, Behelfsbrücke usw.) nur in schriftlicher Abstimmung mit dem Gewässerunterhaltungspflichtigen (TLUBN, Referat 44) und der UWB im LRA Eichsfeld zu errichten.

Die Gerüste sind so zu stellen/ zu errichten, dass ein schadloser Abfluss gewährleistet ist. Das Risiko bei Schäden durch Hochwasserereignisse trägt der Bauherr. Bauzeitlich begrenzte Wasserhaltungen sind ohne größere Beeinträchtigungen des schadlosen Abflusses und nur in dem Umfang, in dem sie für eine zügige Baudurchführung erforderlich sind, auszuführen. Alle Baubehelfe sind nach Wegfall ihrer Bestimmung unverzüglich und vollständig zurückzubauen.

3.5 Nach Beendigung der Bauarbeiten sind die durch die Baumaßnahme beeinträchtigten Flächen in einen ordnungsgemäßen Zustand zu versetzen. Ggf. durch den Baustellenbetrieb eingetretene Schäden am Gewässerbett und an den Ufern sind zur Erhaltung des Abflussprofils der Unstrut und zum Schutz der Uferbereiche unverzüglich zu beseitigen und fachgerecht wieder zu verschließen.

4. Nebenbestimmungen zum Bauen im Überschwemmungsgebiet sowie im Wasserschutzgebiet Zonen III, IIIA

4.1 Vor Baubeginn ist dem TLUBN, Referat 44 und der UWB im LRA Eichsfeld ein Baustellenhavarie- und Hochwasserschutzplan zur Bestätigung vorzulegen. Anschließend muss dieser gut sichtbar auf der Baustelle ausgehängt werden, um im Havariefall schnellstmöglich die verantwortlichen Stellen zu informieren.

4.2 Die Baustelleneinrichtungsflächen sind außerhalb des Überschwemmungsgebietes einzurichten.

4.3 Im Überschwemmungsgebiet sind insbesondere nicht zulässig:

- die Durchführung von Wartungs- und Reparaturarbeiten an Baumaschinen, Geräten und Fahrzeugen auf unbefestigten Flächen, wenn damit ein Umgang mit wassergefährdeten Stoffen verbunden ist,
- das Lagern von Kraftstoffen, Ölen und Schmierstoffen sowie die Betankung aus Kanistern, Fässern und sonstige mobilen Anlagen auf unbefestigten Flächen.
- das dauerhafte Aufschütten von Material

4.4 Der Gewässerabfluss darf bei Normalwasser und bei Hochwasser nicht beeinträchtigt werden

4.5 Die Bevorratung von Ölbindemitteln, mit Technik für die Aufnahme von verunreinigtem Erdreich und mit dichten Transport- und Lagebehältern vor Ort muss gesichert sein. Die Fahrzeuge haben Ölbindemittel mitzuführen

4.6 Der Umgang mit wassergefährdenden Stoffen im ÜSG und WSG hat unter Beachtung der einschlägigen Sicherheitsbestimmungen sowie mit allem notwendigen Schutzeinrichtungen so zu erfolgen, dass eine Gefährdung des Grund- und Oberflächenwassers nicht zu besorgen ist. Das Ablagern von wasserlöslichen, abschwemmbar oder schwimmfähigen Stoffen, Materialien oder Gegenständen ist im Gewässerrandstreifen verboten.

4.7 Für Maschinen, die mit hydraulischen Antrieben und Einrichtungen ausgerüstet sind, sind biologisch schnell abbaubare Hydrauliköle einzusetzen. Die Baumaschinen sind vor ihrer Inbetriebnahme und während des Betriebes täglich auf Dichtigkeit hinsichtlich Schmier- und Treibstoffverlusten zu prüfen. Schadstoffe sind während der Bauzeit sachgemäß zu verwenden und zu lagern.

4.8 Maschinen und Geräte sind täglich nach dem Bauende außerhalb des Uferbereiches abzustellen.

Nebenbestimmungen zum Naturschutz:

Die für die Fällung vorgesehene Ausgleichspflanzung von 19 Bäumen in der Gemarkung Helmsdorf, Flur 1, Flurstücke 428/2, 427/3 und 426/3 ist mit Beginn der Baumaßnahme durchzuführen.

- 5.2 Die zur Pflanzung verwendeten Gehölze sind nachweisbar aus regionaler Herkunft zu beziehen, mit einem Stammumfang von mindestens 10-12 cm. Die Gehölzpflanzung ist fachgerecht zu verankern und vor Verbiss und Zerstörung zu schützen.
- 5.3. Anschließend hat eine 1-jährige Fertigstellungs- und eine 2-jährige Entwicklungspflege gemäß DIN 18916 und DIN 18919 zu erfolgen.
- 5.4 Die dauerhafte Pflege, Unterhaltung und Bewässerung der gepflanzten Bäume ist abzusichern. Abgestorbene Bäume sind durch adäquate Neupflanzung zu ersetzen.
- 5.5 Die Gehölzentfernung ist nur außerhalb der Brut- und Aufzuchtzeit der Vögel im Zeitraum von Anfang Oktober bis Ende Februar durchzuführen. Die zu entfernenden Gehölze sind vorher von fachkundigen Personen auf Lebensstätten nach § 44 BNatschG zu überprüfen. Die Begutachtung ist zu protokollieren und das Protokoll der UNB vorzulegen.
- 5.6 Die Durchführung der Baumaßnahme ist aufgrund des Artenschutzes für den Zeitraum 01.09. bis 31.03. festgesetzt.
- 5.7 Sollten Lebensstätten des Fischotters oder anderen Arten gefunden werden, so müssen entsprechende Maßnahmen zum Schutz in Absprache mit der Unteren Naturschutzbehörde veranlasst werden.
- 5.8 Die durch das Vorhaben beeinträchtigten Flächen sind auf das unbedingt notwendige Mindestmaß zu begrenzen.
- 5.9 Alle Baustelleinrichtungs- oder Materiallagerflächen sind außerhalb vorhandener Gehölzbestände und sonstiger ökologisch wertvoller Bereiche anzulegen.

6. Auflagenvorbehalt:

Weitere Nebenbestimmungen, die dem Schutz der Gewässer, des Grundwassers oder wasserbaulicher Einrichtungen dienen oder für wasserwirtschaftliche und naturschutzfachliche Belange erforderlich sind bzw. werden und zum Schutz des Wohls der Allgemeinheit erforderlich sind, bleiben vorbehalten.

IV.

Hinweise:

1. Die Genehmigung schließt weitere nach anderen Rechtsvorschriften erforderliche Genehmigungen und Entscheidungen nicht mit ein. Diese sind bei den zuständigen Eigentümern, Behörden und Körperschaften gesondert zu beantragen.
2. Das Vorhaben betrifft das Flurstück 661 in der Flur 1, Gemarkung Helmsdorf, welches sich im Eigentum des Freistaates Thüringen befindet. Die eigentumsrechtlichen Belange sind

in einem Bauerlaubnisvertrag zu regeln. Ansprechpartner dafür ist die Thüringer Landesgesellschaft mbH, Erfurt, Abteilung Liegenschaften. Die fachliche Zustimmung wird vom TLUBN, Referat 44 dazu erteilt.

3. Für Bauarbeiten im und am Gewässer hat sich der Bauherr über das Abflussgeschehen der Unstrut selbständig über die Internetadresse <http://hnz.thueringen.de/hw2.0/> zu erkundigen. Aktuelle Wasserstands- und Abflussdaten stehen auch in der App „Meine Pegel“ zur Verfügung. Dort kann auch ein individueller Wasserstand für eine persönliche Benachrichtigung eingetragen werden.

V. Begründung:

1. Sachverhalt:

Mit Schreiben vom 13.02.2025 beantragte die Rother & Partner Ingenieurgesellschaft mbH im Auftrag der Gemeinde Dingelstädt die wasserrechtliche Genehmigung für das Vorhaben Sanierung der historischen Brücke über die Unstrut in Helmsdorf.

Die Brücke führt die Gemeindestraße „Hütte“ über die Unstrut. Sie ist Teil des Unstrutradweges. Die vorhandene drei-Feld-Bogenbrücke wurde im 17. Jahrhundert errichtet. Beidseitig der Brückenwiderlager befinden sich je zwei große Linden, deren Wurzeln in die Widerlager und Konstruktion eingedrungen sind. Bei der 2024 durchgeführten Brückenprüfung wurden umfangreiche Bauwerksschäden festgestellt, die eine grundlegende Sanierung der Brücke erfordern. Die Maßnahme dient der Verbesserung der Standsicherheit, Verkehrssicherheit und Dauerhaftigkeit des Bauwerkes.

Es ist vorgesehen, die vier Linden zu fällen und den gesamten Überbau zu erneuern. Der Überbau wird von 5,05 m auf ca. 5,90 m verbreitert. Zur Verstärkung der vorhandenen Natursteinwände (Widerlager und Flügelmauern) werden 1,0 m breite Betonfundamente entlang der Rückseite der Natursteinwände als Auflager für die neue geplante Überbauplatte aus Stahlbeton hergestellt. Als Ausgleich für die zu fällenden Bäume ist die Pflanzungen von 19 Linden vorgesehen.

Aus den hydraulischen Untersuchungen geht hervor, dass sich der Abfluss bei HQ₁₀₀ auf die Unstrut und den Mühlgraben aufteilt. Dabei wurde ein Freibord von ca. 50cm in allen drei Brückenbögen ermittelt. Mit der Sanierung der Brücke wird das Abflussprofil der Brücke nicht verändert. Zum Istzustand gibt es keine Verschlechterung.

Vom geplanten Vorhaben sind das Gewässer Unstrut sowie das ÜSG der Unstrut und das Wasserschutzgebiet „Hainich-Dün-Hainleite“, Schutzzone III, IIIA betroffen.

Im Verwaltungsverfahren wurden folgende Träger öffentlicher Belange beteiligt:

- LRA Eichsfeld, UWB,
- LRA Eichsfeld, UNB,
- TLUBN, Referate 44 und 45.

Die unter Punkt II.2 aufgelisteten Träger öffentlicher Belange gaben eine Stellungnahme ab.

Im Schreiben vom 05.03.2025 teilte die UWB im LRA Eichsfeld mit, dass von Seiten der UWB grundsätzlich keine Bedenken gegen das Vorhaben bestehen. Das Vorhaben befindet sich im Überschwemmungsgebiet der Unstrut und im in den Schutzzone III/ IIIA des Wasserschutzgebietes „Hainich-Dün-Hainleite“.

Die UNB im LRA Eichsfeld teilte mit Schreiben vom 13.05.2025 mit, dass bei mit dem Vorhaben durch die Fällung der 4 Bäume ein Eingriff nach § 14 Bundesnaturschutzgesetz vorliegt und forderte die Vorlage der Eingriffs- und Ausgleichsbilanzierung sowie Darstellung der Standorte für die Ausgleichspflanzungen.

Nach Vorlage der ergänzten Unterlagen zum Naturschutz gab die UNB mit Datum vom 02.06.2021 eine befürwortende Stellungnahme ab.

Darin erteilte sie das Einvernehmen für den Eingriff nach §14 BNatSchG unter der Bedingung, dass die Ausgleichspflanzungen zu Beginn der Baumaßnahme durchgeführt werden sowie deren dauerhafte Pflege und Unterhaltung sichergestellt werden. Weitere Forderungen betreffen die Einhaltung des Artenschutzes.

Das Referat 44, TLUBN gab mit Schreiben vom 02.05.2025 eine Stellungnahme als Gewässerunterhaltungspflichtiger ab. Seitens des Gewässerunterhaltungspflichtigen der Unstrut gibt es zum beantragten Vorhaben unter Beachtung von Hinweisen und Bedingungen keine Einwände.

Die Forderungen und Hinweise aus den Stellungnahmen wurden weitestgehend in die wasserrechtliche Genehmigung übernommen.

2. Rechtliche Würdigung:

Für die unter Punkt I.1 erteilte wasserrechtliche Genehmigung ist die OWB im TLUBN, Referat 52 (wasserrechtliche Zulassungsverfahren) gemäß § 61 Satz 1 Abs. 2 Nr. 3 f) ThürWG zuständig. Gemäß § 61 Abs. 2 Satz 2 ThürWG ist die OWB ferner zuständig, wenn bei einer Angelegenheit auch die Zuständigkeit der UWB gegeben ist, aber der Schwerpunkt der Sache bei der oberen Wasserbehörde liegt.

Das Gewässer Unstrut ist gemäß Anlage 1 zu § 3 Nr. 1 Thüringer Wassergesetz (ThürWG) ein Gewässer I. Ordnung und unterliegt gemäß § 31 Abs. 1 ThürWG der Unterhaltungspflicht des Freistaates Thüringen. Die Aufgaben der Unterhaltung werden von dem TLUBN, Referat 44 wahrgenommen.

Die unter Punkt I.1.1 und I.1.2 erteilten wasserrechtlichen Genehmigungen beruhen auf § 78 Wasserhaushaltsgesetz (WHG) und § 28 ThürWG. Gemäß § 28 ThürWG bedarf die Errichtung, Veränderung oder Beseitigung von Anlagen an, in, unter oder über Gewässern der wasserrechtlichen Genehmigung.

Da die Maßnahmen im Überschwemmungsgebiet der Unstrut durchgeführt werden sollen, bedürfen diese einer Ausnahmegenehmigung. Gemäß § 78 Abs. 5 WHG darf eine Ausnahmegenehmigung nur erteilt werden, wenn die dort genannten Voraussetzungen vorliegen. Die Ausnahmegenehmigung konnte erteilt werden, da die Brücke im Bestand saniert wird, lediglich der Brückenoberbau vergrößert wird und das Abflussprofil nicht verändert wird. Es erfolgt keine Beeinträchtigung der Hochwasserrückhaltung. Es entsteht kein Verlust an Retentionsraum. Der Wasserstand und der Hochwasserabfluss werden nicht nachteilig verändert und der bestehende Hochwasserschutz wird nicht beeinträchtigt.

Die wasserrechtliche Genehmigung war zu erteilen, weil sich Versagungsgründe gemäß § 28 Abs. 3 ThürWG nicht ergaben und erfolgte Einwände durch die Aufnahme von Auflagen in die Nebenbestimmungen ausgeglichen wurden.

Eine wesentliche Beeinträchtigung des Grundwassers sowie des Wasser- und Hochwasserabflusses des Gewässers Unstrut ist bei der Einhaltung der genannten Nebenbestimmungen durch das Vorhaben nicht zu erwarten.

Sonstige öffentlich-rechtliche Anforderungen:

Naturschutz

Durch das geplante Vorhaben werden keine Schutzgebiete nach §§ 23 - 29 und § 32 Bundesnaturschutzgesetz (BNatSchG) berührt.

Die Unstrut ist im Vorhabensbereich als gesetzlich geschütztes Biotop gemäß § 30 Abs. 1 BNatSchG kartiert. Bei Einhaltung der Nebenbestimmungen führt das Vorhaben nicht zu einer Beeinträchtigung des Biotops. Gemäß § 30 Abs. 2 BNatSchG sind alle Handlungen verboten, die zu einer Zerstörung oder sonstigen erheblichen Beeinträchtigung führen können.

Die Fällung der vier großen Sommerlinden stellt einen Eingriff gemäß § 14 BNatSchG dar. Der Eingriff kann durch die Pflanzung von 19 Sommerlinden in der Gemarkung Helmsdorf und deren Pflege und Erhaltung ausgeglichen werden.

Betroffenheit artenschutzrechtlicher Belange:

Im Planungsbereich ist der Fischotter (*Lutra lutra*) kartiert. Der Fischotter gehört zu den streng geschützten Arten gemäß § 7 Abs. 2 Nr. 10 BNatSchG.

Darüber hinaus ist im Gewässer die Westgroppe (*Cottus gobio*) kartiert. Die Westgroppe ist in der FFH-Richtlinie Anhang II aufgenommen.

Die von der UNB vorgeschlagene Nebenbestimmung zwei Fischotter-Bermen unter der Brücke zu errichten, wurde nicht in den Bescheid übernommen. Eine Bündelung ggf. erforderlicher artenschutzrechtlicher Entscheidungen findet im Rahmen einer Zulassung nach § 78 WHG und § 28 ThürWG nicht statt.

Verschlechterungsverbot

Der Standort befindet sich im Oberflächenwasserkörper (OWK) „Obere Unstrut“. Die Gesamtbeurteilung des ökologischen Potentials dieses OWK's wurde laut „Thüringer Landesprogramm Gewässerschutz 2022-2027“ als mäßig eingestuft. Die Umsetzung des Vorhabens beeinträchtigt die Erreichung der Bewirtschaftungsziele gemäß § 27 Abs. 1 WHG nicht und ist damit zulässig, da es der Erhaltung eines guten ökologischen Zustands hinsichtlich aller Qualitätskomponenten nicht entgegenwirkt. Die Verschlechterung einer der Qualitätskomponenten ist nicht zu erwarten.

Nebenbestimmungen

Die im Bescheidstenor unter Punkt III. festgesetzten Nebenbestimmungen sind gemäß § 28 Abs. 2 ThürWG zulässig und erforderlich, um nachteilige Auswirkungen auf den Wasserhaushalt durch das vorgesehene Bauvorhaben während der Bauzeit und der Fertigstellung auszuschließen.

Die Anzeige des Baubeginns bzw. der Fertigstellung ist für die Kontrollen während der Baudurchführung der Baumaßnahme erforderlich. Weiterhin dient sie der Vermeidung von Kollisionen mit geplanten Gewässerunterhaltungsmaßnahmen

Der sorgfältig
Grund- und O
Die U

sorgfältige Umgang mit wassergefährdeten Stoffen ist erforderlich, um eine Gefährdung des Grund- und Oberflächenwassers auszuschließen.

Die Unterlagen enthalten keine Angaben zu Baustelleneinrichtungsflächen. Aufgrund der geplanten Bauzeit von ca. 8 Monaten und der nicht vorhersehbaren Hochwassergefahren in diesem Zeitraum ist das Überschwemmungsgebiet soweit wie möglich von jeglicher Inanspruchnahme freizuhalten, auch wenn das Vorhaben selbst im Überschwemmungsgebiet umgesetzt wird. Die Auflage dient der Einhaltung der Schutzvorschriften des § 78a WHG.

Die Freihaltung des Gewässerrandstreifens dient seinem Schutz, der Gewährleistung seiner Funktionsfähigkeit im Sinne des § 38 Absatz 1 WHG und damit auch den Zielen der Gewässerunterhaltung im Sinne des § 39 Absatz 1 WHG.

Die Übergabe von Bestandsunterlagen an den Gewässerunterhaltungspflichtigen nach Abschluss der Baumaßnahme ist erforderlich, damit es bei künftig erforderlichen Unterhaltungsarbeiten im Gewässerbett mitberücksichtigt werden kann.

Die Nebenbestimmung zur Unterhaltung der Anlage beruht auf § 36 WHG und dient der Klarstellung aus Sicht des Gewässerunterhaltungspflichtigen und der bei der künftigen Anlagenunterhaltung erforderlichen Berücksichtigung der Belange des Gewässerunterhaltungspflichtigen.

Nebenbestimmungen zum Naturschutz

Die Nebenbestimmungen unter Ziffer 5.1-5.4 sind zum Ausgleich des Eingriffs gemäß §§ 14 -17 BNatSchG notwendig.

Die Forderung nach Prüfung der Baubereiche vor Durchführung der Maßnahmen auf Lebensstätten, insbesondere denen des Fischotters und anderer geschützter Arten dient dem Ausschluss von Verbotstatbeständen i. S. der §§ 30 Abs. 2 und 44 Abs. 1 Nr. 2 und 3 BNatSchG.

Die Festlegung des Zeitraumes für Gehölzfällungen beruht auf § 39 Abs. 5 Satz 1 Nr. 2 BNatSchG wonach es verboten ist, Bäume, die außerhalb des Waldes, von Kurzumtriebsplantagen oder gärtnerisch genutzten Grundflächen stehen, Hecken, lebende Zäune, Gebüsche und andere Gehölze abzuschneiden, auf den Stock zu setzen oder zu beseitigen.

Die Nebenbestimmungen sind sowohl angemessen als auch geeignet, um mögliche Beeinträchtigungen von Natur und Landschaft weitestgehend zu vermeiden bzw. zu minimieren und entsprechend auszugleichen.

3. Begründung der Kostenentscheidung unter Punkt I.2:

Gemäß § 1 Abs. 1 i. V. m. § 6 Abs. 1 Nr. 1 Thüringer Verwaltungskostengesetz (ThürVwKostG) vom 23. September 2005 (GVBl. S. 325), zuletzt geändert durch Artikel 56 des Gesetzes vom 18. Dezember 2018 (GVBl. S. 731, 769) und § 1 Thüringer Verwaltungskostenordnung für den Geschäftsbereich des Ministeriums für Umwelt, Energie und Naturschutz (ThürVwKostOMUEN) vom 14. Oktober 2011 (GVBl. S. 297), zuletzt geändert durch Verordnung vom 5. Mai 2020 (GVBl. S. 166) sind für diese Genehmigung Kosten zu erheben.

Die Gebührenbefreiung beruht auf § 3 Abs. 1 Nr. 3 ThürVwKostG.

VI.

Rechtsbehelfsbelehrung:

Gegen diesen Bescheid kann innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe Klage beim Verwaltungsgericht Weimar erhoben werden.

Im Auftrag



Bettina Schneider
Sachbearbeiterin

Verteiler:

Original:	TLUBN, Abt. 5, Referat 52 wasserrechtlicher Vollzug / Wismut / Kali
Ausfertigung mit EB	Adressat (mit Antragsunterlagen)
Kopien per E-Mail an:	UWB, LRA Eichsfeld UNB, LRA Eichsfeld
per GGV an:	TLUBN Referat 44